

Sozialistische Hochschulzeitung

10/14

#82 · SOZIALISTISCHE GRUPPE (SG) · HOCHSCHULGRUPPE ERLANGEN/NÜRNBERG
WWW.SOZIALISTISCHEGRUPPE.DE · SG@SOZIALISTISCHEGRUPPE.DE

Nicht nur für Germanisten: Osterspaziergang ...

„Anderer Bürger:

*Nichts Bessers weiß ich mir an Sonn- und Feiertagen
Als ein Gespräch von Krieg und Kriegsgeschrei,
Wenn hinten, weit, in der Türkei,
Die Völker auf einander schlagen.
Man steht am Fenster, trinkt sein Gläschen aus
und sieht den Fluss hinab die bunten Schiffe gleiten;
Dann kehrt man abends froh nach Haus
Und segnet Fried und Friedenszeiten.*

Dritter Bürger:

*Herr Nachbar, ja! so lass ichs auch geschehn
Sie mögen sich die Köpfe spalten,
Mag alles durcheinander gehn;
Doch nur zu Hause bleib's beim alten.“*

(Goethe, Faust I)

... reloaded 2014

Viel Besseres weiß sich auch gute 200 Jahre später der Herr **Bundespräsident Gauck** nicht, und weil für ihn von Berufs wegen jeder Tag ein Sonn- und Feiertag ist, hört man von ihm auch entsprechend oft die Segnung von Fried und Friedenszeit. Mitten hinein in den ordinären Geschäftsgang der Republik platzt er mit seinen Bekenntnissen, dass

er „den Frieden liebt“, ja, dass er „Frieden möchte“, und rennt damit bei allen Seelenverwandten von Goethes Spießbürgern offene Türen ein. Ebenso regelmäßig setzt er dann aber hinzu: „Aber Krieg existiert“ – und läutet damit sein Vorhaben ein, die friedensseligen Spießer im eigenen Land ein wenig aufzuscheuchen. Denn so sehr er ihn auch liebt: *Ihn* kann der Friede daheim unmöglich froh und zufrieden stimmen, weil *er* nämlich einer ist, den Kriege auch noch viel weiter hinten als nur in der Türkei zum *Unfrieden* treiben. Für ihn „existiert“ Krieg nicht bloß als das Übel, das jeder moralische Wicht als Abwesenheit des Zustands zu missbilligen pflegt, den er zu schätzen gewohnt ist. Unser Präsident versteht sich als *Instanz* der Moral, und Kriege sind für ihn eine Herausforderung, die ihn in seiner *speziellen Verantwortung* für die Wahrung des Zustands betreffen, der ihm wie allen anderen Sterblichen so wichtig ist. Das gebietet ihm, auch *tätig* zu werden im Namen dieser Verantwortung, und dies schließt für ihn ganz selbstverständlich ein, dass *für* den Frieden manchmal auch *Krieg sein muss*. Die *Bereitschaft zur Gewalt* gehört für den Pfarrer ganz weit nach vorne gerückt im Pflichtbrevier politischer Verantwortungsethiker, weil ein entschlossener *Dienst am Frieden* solches von ihnen einfach verlangt – doch so sonnenklar ihm das ist und so oft er auch wiederholt, wie sehr sich das doch ganz von selbst versteht: Wenn er auf seine Landsleute blickt, kommt er sich ähnlich verlassen vor wie seinerzeit Faust beim Spaziergang – →

Wieder einmal: Israel führt Krieg im Gaza-Streifen

Nachdem Israel im Gaza-Streifen neuerlich gegen die Hamas – und die Bevölkerung, die dort eingepfercht lebt – mit ihrer überlegenen Militärmacht zugeschlagen und Nachschubtunnels, Infrastruktur und manches andere gründlich zerstört hat, zieht die Regierung ihr Militär aus dem Gebiet ab, bekriegt und überwacht den zu wirklicher Gegenwehr nicht fähigen Gegner von außen und überlässt ansonsten das zerstörte und abgeriegelte Ghettogebiet sich selbst. Die hiesige Öffentlichkeit bedauert betroffen die vielen zivilen Opfer, wägt parteilich das Recht Israels auf ‚Selbstverteidigung‘ ab und entdeckt in dem Krieg wieder mal keinen wirklichen Sinn. Sie vermisst nämlich den eindeutigen Erfolg der endgültigen Zerschlagung der Hamas – und fragt ungerührt und einigermaßen skeptisch nach den neuerlichen ‚Chancen des Friedensprozess‘. Der geht nun schon seit Jahren immer wieder mit größeren Kriegsaktionen Israels im Gaza-Streifen und mit von Israel zielstrebig torpedierten diplomatischen Verhandlungen über irgendeinen ‚Friedenszustand‘ und irgendeine Form von ‚2-Staaten-Lösung‘ seinen Gang.

Über der Schuldfrage für das Nicht-Zustande-

kommen einer ‚friedlichen Lösung‘ kommt der eigentliche Gehalt des Gegensatzes, den die ungleichen Kontrahenten austragen, kaum und wenn, dann nur als mehr oder weniger einseitig beantwortete Frage nach dem Recht der einen oder anderen Seite auf ‚Selbstverteidigung‘ zur Sprache. Darum aus einem Artikel im Gegenstandspunkt 3-14 (siehe Kasten im Innenteil) ein paar kurze Klarstellungen, worum da so unversöhnlich und mit ungleich verteilten Gewaltmitteln gekämpft wird: das „Existenzrecht“ Israels, bzw. der Palästinenser. Dieses Gut betrifft erkenntlich nicht die Existenz der jeweiligen Bevölkerung, die auf beiden Seiten als Kampftruppe oder Opfer eingesetzt, bzw. betroffen gemacht wird, sondern gilt dem ausschließenden Anspruch auf Herrschaft über Land und Leute.

Auf der einen Seite beansprucht der Staat Israel die Hoheit über das Gebiet und die Bevölkerung, die er sich als ‚sein‘ Land und ‚sein Volk‘, also als Umkreis seiner Macht zurechnet. Dieser Anspruch auf die erst noch unwiderruflich unter die eigene Hoheit zu stellenden und dem eigenen Volk als ‚Lebensraum‘ zuzuschlagenden →



Was von Marx zu lernen wäre:
Alles Nötige über Arbeit und Reichtum
im Kapitalismus

Donnerstag, 23. Oktober 2014, 20:15 Uhr
Künstlerhaus, Weiß. Saal, Königstr. 93, Nbg.

Linke Parteien zählen den Theoretiker des 19. Jahrhunderts, dessen Gedanken einmal die Welt bewegt haben, zu ihrem Traditionsbestand, seine Schriften aber kennen sie nicht mehr. Marx ist heute ein toter Hund. Umso mehr als man ihn an Universitäten, sofern man sich seiner erinnert, höflich ins geistesgeschichtliche deutsche Erbe eingemeindet – und zwar als einen Großen:

- Ein großer *Philosoph* soll er gewesen sein, dem es nach Hegel noch einmal gelungen sei, dialektisch zu denken;
- ein großer *Soziologe*, der ein System gebastelt habe, in dem die Gesellschaft von der materiellen Basis bis zum Überbau der Ideen auf ein einziges Prinzip gebracht ist;
- ein großer *Prophet*, der die Globalisierung, aber auch die fatalen Krisen unserer Wirtschaftsordnung schon früh vorhergesehen habe;
- ein großer *Utopist* schließlich, der sich eine schöne gerechtere Welt ausgedacht haben soll.

Dass der Alte selbst, wenn er gefragt würde, nichts von dem genannten Großen vollbracht haben wollte, ja sich dieses Lob verbitten würde, kann seine geistesgeschichtlichen Freunde nicht bremsen. Sie verzeihen ihm ja sogar, dass er *Kommunist* gewesen ist. Er selbst sah seine Leistung einzig und allein in dem, was der Untertitel seines theoretischen Hauptwerkes ankündigt: in der „Kritik der politischen Ökonomie“ des Kapitalismus. Marx war, wenn irgendetwas, *Ökonom*. Die Wirtschaftswissenschaften allerdings haben keine gute Erinnerung an diesen Klassiker, ja eigentlich überhaupt keine. Kein Wunder. Schließlich hat er nicht nur die menschenfeindliche und absurde Rationalität des Wirtschaftssystems aufs Korn genommen, das sie so vernünftig finden; er hat auch ihre verständnisvollen Theorien darüber zerlegt.

An dem Kapitalismus, den Marx in der Phase seines Entstehens analysierte und kritisierte, hat sich seit seinen Tagen dies und das, aber nichts Wesentliches geändert: Immer noch ist die Vermehrung des Geldes der beherrschende Zweck, für den gearbeitet wird – und das ist keineswegs ein geschickter Umweg zur besseren Befriedigung der Bedürfnisse; noch immer sind die arbeitenden Menschen Kostenfaktor, also die negative Größe des Betriebszwecks; noch immer findet die Entwicklung der Produktivkraft der Arbeit, der größten Quelle des materiellen Reichtums, ausschließlich statt, um Löhne zu sparen und Arbeitskräfte zu entlassen – also um den Arbeiter ärmer zu machen. ↓

↓ Wegen dieser Aktualität, und nur wegen ihr, verdient es der längst verblichene Denker, dass man sich seiner erinnert. Seine Bücher helfen, die ökonomische Wirklichkeit heute zu erklären. Das will der Vortrag anhand von Zitaten aus dem ersten Kapitel von „Das Kapital“ Band 1, „Die Ware“ demonstrieren. Angeboten werden ungewohnte Gedanken über Gebrauchswert und Tauschwert, konkrete und abstrakte Arbeit, Geld und Nutzen, Arbeit und Reichtum – paarweise Bestimmungen, die unsere moderne Welt nicht mehr auseinanderhalten kann, während sie tatsächlich die härtesten Gegensätze enthalten.

Der Vortrag wird einführen in „Das Kapital“ und für eine längerfristige Kapital-Lektüre werben, für die wir einen offenen Lesekreis anbieten.

→ „Israel führt Krieg ...“ Gebiete schließt ein für alle Mal die Palästinenser als nicht dazugehörige, störende, weil diesem Anspruch im Wege stehende, also im Prinzip feindliche Mannschaft im ‚eigenen‘ Land aus. Israel definiert sich, mit Berufung auf das heilige Recht seines Volks auf einen immer erst noch herzustellen größeren und mächtigeren Staat als unfertig, nach wie vor im Krieg um dieses sein Staatsrecht befindlich und exekutiert dieses ausgreifende Staatsprogramm mit seiner Torpedierung aller diplomatischen Verhandlungen um eine ‚Lösung des Konflikts‘, mit seiner Siedlungspolitik im Westjordanland, mit seinen Kriegsaktionen gegen palästinensische Widerstände – also mit all der überlegenen Macht, die es aufzubieten hat und die es mit seiner Landnahme erweitern will. Dagegen steht der Anspruch palästinensischer Politiker, die um die Anerkennung ihres entgegenstehenden Anrechts auf eigene Herrschaft ringen. Durch Israels überlegene Gewalt sind sie darauf zurückgeworfen, sich ohne entsprechende Gewaltmittel um diplomatische Anerkennung und Einspruch auswärtiger Mächte gegen die fortschreitende israelische Landnahme zu bemühen oder mit der beschränkten Gegengewalt, zu der sie fähig sind, wenigstens den unbeugsamen Willen zu demonstrieren, ihr ‚heiliges Recht‘ auf eigene Staatlichkeit gegen Israel nicht aufzugeben.

Das allseits beklagte Hin und Her von vergeblicher Hoffnung auf ‚Friedensfortschritte‘, von ständig scheiternden Friedensgesprächen und immer neu ‚ausbrechender‘ Gewalt, die halbherzig beklagte ständig voranschreitende israelische Siedlungspolitik und die halb unter ‚Terrorismus‘, halb unter irgendwie berechnete palästinensische Autonomiewünsche einsortierte ohnmächtige diplomatische und militärische Gegenwehr der verschiedenen Palästinenserfraktionen ist der notwendige Verlauf dieses israelischen Kampfs um Durchsetzung seines regionalen Vorherrschaftsanspruchs, der ohne die Herrschaft über ‚ganz Israel‘ nicht zufriedengestellt ist, gegen das konkurrierende palästinensische Beharren auf einer eigenen Hoheit.

Statt Parteilichkeit für die eine oder andere Seite oder ständig enttäuschter Hoffnung auf mehr ‚Einsicht‘ auf beiden Seiten sollte man dem wieder einmal eskalierenden Konflikt also die Unversöhnlichkeit und Ausschließlichkeit konkurrierender Ansprüche auf Staatlichkeit entnehmen. Wo es darum, um die Durchsetzung und Anerkennung des eigenen Gewaltmonopols geht, da erfordert und rechtfertigt das in den Augen der Staatsaktivisten jede Gewalt, da entscheidet mithin die überlegene Gewalt. Dann wird an den Anrechten, um die da gekämpft wird, wohl auch nichts Gutes sein.

Dazu ein Artikel in GegenStandpunkt 3-14. ●

→ „Osterspaziergang ...“ „Ich habe manchmal das Gefühl, dass es in der Bevölkerung so aussieht, als wäre es genug, dafür zu sorgen, dass in unserem Land alles in Ordnung ist.“

Das Volk der Deutschen geht willig und friedfertig seinem Tagwerk nach, tut alles, was ihm dabei und sonst auch noch befohlen wird, und kehrt abends froh nach Haus: Man möchte meinen, der Vorsitzende eines solchen Vereins kreuzbraver Knechte tränke da auch gern sein Gläschen aus, am Fenster stehend oder auch im Schlosspark von Bellevue. Nicht dieser Präsident. Für den tut sich angesichts einer Welt, in der „Krieg existiert“, gerade im zivilen Gang der Dinge im Land ein einziger Abgrund von verantwortungsloser Zufriedenheit der Bürger mit dem Frieden auf, in dem sie sich derart eingerichtet haben, und ein Friedensliebhaber seines Formates hält das natürlich für untragbar. Die „Modifizierung der Haltung der Deutschen zum Einsatz militärischer Mittel“ wird ihm zur höchstpersönlichen Mission, und nachdem er mit der ein paar Mal angeekelt ist, bringt er sein Anliegen im ‚Sommerinterview‘ wie folgt auf den Punkt:

„Ich habe im Grunde nichts weiter gesagt, als dies: Ich möchte nicht noch einmal erleben, dass in Ruanda hunderttausende von Menschen abgeschlachtet werden und wir nichts tun, um ihnen zu helfen.“ (Alle Zitate: bundespraesident.de, Juni/ Juli 2014)

Aha, Ruanda. Wenn er denn schon so gerne und so oft vom Einsatz der Waffen redet – hätte er dann nicht auch sagen können: „Ich möchte nicht noch einmal erleben, dass auf dem Balkan ein Thronfolger erschossen wird, und wir tun nichts“? Oder vielleicht auch: „Ich möchte nicht noch einmal erleben, dass in Vietnam Napalmbomben fallen, und wir tun nichts“? Er hätte auch ganz aktuell sein können: „Ich möchte nicht noch einmal erleben, dass in Syrien ein gewählter Präsident durch einen von außen angezettelten Bürgerkrieg bekämpft wird, und wir tun nichts.“ Nein, für die

Botschaft, die er loswerden will, muss es schon Ruanda sein. Denn wenn sich im Gedächtnis der Nation überhaupt noch irgendetwas mit dem Namen dieses Landes verbindet, dann ist es das Großverbrechen „Völkermord“, zu dem sich ganz von selbst das Attribut „sinnlos“ zur festen Redewendung assoziiert. Dieses Sinnbild für das Böse schlechthin ruft Gauck mit der Nennung des Ländernamens ab, und die Moral von der Geschichte

DISKUSSIONSVERANSTALTUNG IN NÜRNBERG

Die Ebola-Epidemie

- Seuchen und Seuchenpolitik in Failed States
- Ein Betreuungsfall für die Hüter der Weltordnung
- Eine Bedrohung der Volksgesundheit in den Industrienationen

**Dienstag, 21. Oktober 2014, 20:15 Uhr,
Stadtteilzentrum Desi, Brückenstr. 23, Nbg**

folgt im zweiten Teil der Botschaft gleich hinterher: In ihren Schlächtereien haben sich die Neger vor 20 Jahren so erfolgreich gehen lassen können, weil die Guten, das sind „wir“, „nichts“ getan haben, „um ihnen zu helfen“ gegen das Böse. Damit hat der Präsident weltpolitische Gewaltexzesse nicht nur in Afrika komplett auf den Begriff gebracht. Wenn Staaten und die Völker unter ihrer Regie gegeneinander Krieg führen, so hat das in seinem moralischen Weltbild grundsätzlich nichts mit den politischen Interessen und Rechten zu tun, die sie gegeneinander in Anschlag bringen. Für ihn ist die politische Welt bloß der Schauplatz, auf dem das Gute gegen das Böse ringt, für ihn werfen Kriege und sonstige Gemetzel für das Lager der Guten daher auch immer →

BUCHVORSTELLUNG AUF DER LINKEN LITERATURMESSE 2014



Margaret Wirth / Wolfgang Möhl

„Beschäftigung“ – „Globalisierung“ – „Standort“
Anmerkungen zum kapitalistischen Verhältnis zwischen

Arbeit und Reichtum

Alle brauchen Arbeit – viele finden keine. Man kann das für ein soziales Problem halten und sich vorstellen, „Beschäftigungsförderung“ wäre die passende Antwort, mit staatlichen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und einer Senkung der Lohnnebenkosten, mit der „Schaffung von neuen Arbeitsplätzen“ durch Teilzeit- und Leiharbeit, oder wie auch immer. Über eine gewisse Absurdität muss man sich dabei allerdings schon hinwegsetzen: Wenn es nicht mehr so viel zu tun gibt, das Nötige von weniger Leuten in kürzerer Zeit zu erledigen ist – warum braucht dann überhaupt jeder Arbeit und so viele vollgepackte Arbeitsstunden, um leben zu können? Dass weniger Arbeit ersparte Mühe bedeutet: Warum gilt die Gleichung nicht?

Es liegt eben doch noch etwas anderes vor als eine „soziale Problemlage“, und jeder weiß auch was: Dass so viele Leute keine Arbeit finden, liegt an einem ökonomischen Problem. Arbeit unterbleibt, wenn sie nicht rentabel ist, wenn sie dem Unternehmen, in dem und für das sie stattfindet, nicht genügend Geldertrag einbringt. Wenn das

so ist, dann findet Arbeit aber auch nur deswegen statt, weil und damit sie einem Unternehmen Gelderträge verschafft. Aus keinem anderen Grund unterbleibt sie dann eben auch, wenn sie nämlich nicht genügend Geld bringt.

Man sollte deswegen auch nicht die Rede vom sozialen Problem „Arbeitslosigkeit“ für die Sache nehmen und mehr Anstrengungen für „Beschäftigung“ einklagen. Die Absurdität des Systems, der Grund seiner Schädlichkeit für die Masse seiner Insassen, liegt nicht darin, dass Arbeit nicht stattfindet, wenn sie nicht rentabel ist, sondern dass sie stattfindet, weil es um Rentabilität geht. Seine soziale Gemeinheit beginnt nicht damit, dass die Leute, die Arbeit brauchen, oft keine finden; sie besteht schon darin, dass sie eine bezahlte Arbeit brauchen. Dass sie dann noch nicht einmal sicher sein können, eine zu finden, folgt daraus von ganz allein.

**Samstag, 1. November 2014, 13:00 Uhr,
Künstlerhaus K4, Glasbau, Königstr. 93,
Nürnberg**

Der Dollar-Imperialismus des 21. Jahrhunderts – oder: Die westliche Wertegemeinschaft in Aktion

Die Partnerländer des sogenannten Westens haben sich einer alles bestimmenden ökonomischen Staatsräson verschrieben: dem private Eigentum und seiner Vermehrung. Der Erwerb von Dollars resp. Euros oder verwandtem Geld, näher: dessen erfolgreiche Verwendung als Kapital, ist das gesellschaftliche Lebensmittel, die allgemeine, unerbittlich geltende gesellschaftliche Lebensbedingung, also der die Gesellschaft beherrschende Lebenszweck.

Zur Staatsräson der Mitglieder des sogenannten Westens gehört deren Selbstverpflichtung, weltweit für Respekt vor der Freiheit des Gelderwerbs und seines Gebrauchs als Kapital einzutreten. Das Geld, um das die Menschheit frei konkurrieren und um dessen solide Vermehrung sie sich damit verdient machen soll, steuern die hoheitlichen Geldschöpfer dieser Länder resp. deren Kreditinstitute auch gleich bei. Der Führungsmacht USA kommt dabei unbestritten eine maßgebliche Rolle zu. Sie lässt ihr nationales Geld und ihre nationalen Schulden in der ganzen Welt als Kredit und Finanzmittel zirkulieren und durch Privateigentümer wie durch Staaten als Geschäftsmittel benutzen. Und das nach Maßgabe einer Geschäftsordnung, mit deren Anerkennung alle souveränen Staatsgewalten sich darauf festlegen, dem kapitalistischen Gebrauch des privaten Eigentums im Allgemeinen, dem des Dollars im Besonderen zu dienen, ihren nationalen Eigennutz in Abhängigkeit vom Erfolg dieses Dienstes zu betreiben und in ihrem Verkehr untereinander um diese Art von Erfolg zu konkurrieren.

Diese Konkurrenz hat Konsequenzen: Der Einsatz der Völker und der Reichtümer der Nationen für einen ordentlichen Konkurrenzkampf der Kapitalisten führt nicht nur unter den *ökonomischen* Weltmarktagenten zu gewissen Unterschieden beim Gelingen ihrer Geschäfte und insgesamt immer wieder in Krisen ihres Geldwachstums überhaupt. Auch die Vorteilsrechnungen etlicher *Staaten* gehen nicht auf. Sie werden mit den Notwendigkeiten, die der globale Dollar- und Euro-Kapitalismus für die Bewirtschaftung ihres Landes und für die Ausstattung ihrer Macht mit sich bringt, einfach nicht fertig. Viele sehen sich geschädigt, manche ruiniert. Ihre Brauchbarkeit fürs Weltgeschäft lässt immer mehr zu wünschen übrig. Und manche Regierung sieht sich sogar genötigt, ihr Land weiterer tendenziell ruinöser Benutzung durchs internationale Kapital zu entziehen und am Ende sogar gegen den Kanon verbindlicher Werte zu verstoßen, den die Aktivisten der weltweiten Konkurrenzordnung ihnen vorgegeben haben.

Unter solchen Effekten darf deren Ursache selbstverständlich nicht leiden. Die glücklich erreichte ‚Herrschaft des Rechts‘ auf dem Weltmarkt verpflichtet deren Schutzmächte, unnachsichtig auf Einhaltung der Regeln für die Freiheit des internationalisierten Kapitals zu bestehen. Aus ihrem Selbstverständnis als deren Hüter heraus sehen sich daher in erster Linie die USA genötigt, für den ungehinderten Einsatz des kapitalistischen Eigentums einzutreten. Und dank der Abhängigkeit aller kapitalistisch rechnenden Nationen



GegenStandpunkt 3-14
ISSN 0941-5831
136 Seiten
€ 15.–

Als Ebook oder im Buchhandel erhältlich:
Erlangen: *Ex Libris, Bismarckstr. 9*
Fürth: *Edelmann, Fürther Freiheit 2A*
Nürnberg: *Bahnhofsbuchhandel / Rüssel, Löwenberger Str. 10 / Jakob, Hefnerspl. 8 / Frenkel, Fürther Str. 9*

von Kapital und Kredit der führenden Mächte begründet die Privatmacht des Geldes, die gemäß dem Konsens der modernen ‚Völkerfamilie‘ supranational gilt, eine ansehnliche politische Erpressungsmacht in den Händen der USA und ihrer europäischen Verbündeten. Von der machen diese Staaten reichlich Gebrauch.

Auch und gerade dann, wenn es nicht nur um die Sicherung des Weltgeschäfts unter ihrer Oberregie geht, sondern wenn sie sich genötigt sehen, als Ordnungsmächte auch der politischen Machtverhältnisse den Respekt der Staatenwelt zu erzwingen. Für die Führungsmacht des Westens versteht es sich von selbst, dass die zivile Staatenkonkurrenz um nationale Weltmarkterträge unter einem Vorbehalt steht, den sie bedarfsweise geltend macht und der sonst niemandem zusteht, auch nicht so einfach den Bundesgenossen. Die freie Weltmarktteilnahme aller Nationen hat im letzten den Charakter einer Zulassung durch die USA, deren Regierung sich das Recht reserviert, den Ausschluss einzelner Länder, die sie als Gefahr für Amerikas nationale Sicherheit definiert, aus diesem zivilisatorischen Gesamtkunstwerk zu verfügen und Gegner aus dem etablierten Geschäftsverkehr der Nationen zu exkommunizieren.

Der im laufenden Weltgeschäft praktisch wahr gemachten Verfügung der USA, dass der Wert ihres Geldes unterschiedslos weltweit gilt und dass Privateigentümer und Staaten in aller Welt ihrem Kredit vertrauen dürfen, steht also der Anspruch der großen Dollar-Macht gegenüber, einzelne Nationen und deren Geldbesitzer vom diskriminierungsfreien Gang des Weltgeschäfts auszuschließen, die garantierte Freiheit des Eigentums, sich weltweit zu betätigen, also im gegebenen Fall auch einzuschränken. Dann wird der freie Weltmarkt, die mit ihm eingegangene geschäftliche Abhängigkeit ganzer Nationen von Dollar- und Euro-Geschäften und damit von deren politischen Oberorganismen, zur Waffe, die gegen Eigenmächtigkeiten ökonomisch geschädigter Nationen, gegen unliebsame Machtambitionen, aber auch gegen politisch störende Geschäfte innerhalb der westlichen Bündnispartner selber von den USA in Anschlag gebracht wird.

Für Gemeinsamkeit und Konkurrenz der führenden Weltwirtschaftsnationen bei der Organisation des freien Weltmarktgeschäfts wie umgekehrt für politische Eingriffe in dieses Geschäft und dessen Instrumentalisierung als politischer Waffe in der Mächtelkonkurrenz bietet die westliche Wertegemeinschaft, insbesondere deren Führungsmacht USA aktuell reichlich Anschauungsmaterial. Dazu im GegenStandpunkt die aktuellen Artikel:

Argentinien vs. „Geierfonds“

Ein Dokument der imperialistischen Qualität des grenzüberschreitenden Geschäfts mit Kredit

Das Verfahren Yukos vs. Russia: Der Schiedshof in Den Haag versieht das Urteil „Unrechtsstaat“ mit einem Preis von 50 Mrd. Dollar

Ein Stück Weltordnung in Sachen Energiemarkt

Die Bestrafung einer französischen Großbank

Die USA statuieren ein Exempel ihrer politischen Hoheit über den privaten kapitalistischen Geschäftsverkehr

Wirtschaftskrieg gegen ein Russland, das sich aus seinem „nahen Ausland“ nicht verdrängen lässt

Mit TTIP zur Wirtschafts-NATO

Dollar-Imperialismus und Euro-Binnenmarkt – gemeinsam unüberwindlich

→ nur eine und immer nur dieselbe Frage auf: Wegschauen oder Helfen?! Und „*nicht noch einmal erleben*“ möchte der deutsche Präsident einen derart krassen Fall unterlassener Hilfeleistung wie seinerzeit in Schwarzafrika, weil für ihn sein Vaterland einfach eine *Weltmacht des Guten* ist: Wird irgendwo in der Welt geschossen, hat man das in Deutschland als menschliche Notlage zur Kenntnis zu nehmen und augenblicklich die zwischenmenschlichen Hilfsdienste zu leisten, zu denen „*uns*“ die Welt ruft – wozu sonst, wenn nicht zur Wahrnehmung dieser hehren „*Pflicht zur Verantwortung*“, haben wir denn unser Militär?!

Damit sein in dieser Hinsicht vollkommen

pflichtvergessenes Volk auf seinen eigenen Präsidenten hört, reanimiert der die Konfliktlage einer hoch raffinierten Fangfrage an frühere bundesrepublikanische Kriegsdienstverweigerer: Ob sie wirklich von einem verfügbaren Schießseisen keinen Gebrauch machen wollten, wenn sich – nur so z.B. – gerade zwei Russen anschickten, die eigene Freundin zu vergewaltigen? Das hört sich 2014, an die Adresse eines offenbar pazifistisch verseuchten Volkes gerichtet, dann so an:

„*So wie wir eine Polizei haben und nicht nur Richter und Lehrer, so brauchen wir international auch Kräfte, die Verbrecher oder Despoten, die gegen ihr eigenes Volk oder gegen ein anderes mörde-*

risch vorgehen, zu stoppen. Und dann ist als letztes Mittel manchmal auch gemeinsam mit anderen eine Abwehr von Aggression erforderlich. Deshalb gehört letztlich als letztes Mittel auch dazu, den Einsatz militärischer Mittel nicht von vornherein zu verwerfen.“

Von der durchgesetzten Schutzgewalt des Staates im Inneren führt für diesen moralischen Fanatiker der Weg direkt hin zu einer überlegenen Weltgewalt, die den Globus von Despoten säubert, und die Frage, ob er in seiner wahnhaften Allzuständigkeit für alles Böse in der Welt seinem Land nicht etwas zu viel zumuten möchte, stellt sich einem wie ihm ganz gewiss nicht. Einer, →

TTIP: Konkurrenz um eine neue Weltwirtschaftsordnung

Mehr Freiheiten für das Kapital im Dienste der führenden Weltwirtschaftsmächte

TTIP – ein Stück euro-amerikanische Wirtschaftsdiplomatie ist ins Gerede gekommen. Zu Recht. Denn mit diesem neuesten Anlauf der Entschränkung kapitalistischen Geschäfts über die atlantischen Grenzen hinweg geben die Verantwortlichen deutlich zu verstehen, worum es ihnen tatsächlich, grundsätzlich und weit über TTIP hinaus wirklich geht. Womit auch feststeht, welche Vorwürfe an die TTIP-Verfechter den wirklichen Skandal eher verharmlosen als benennen.

1. „TTIP ist Wachstum“ rufen die mit der Sache befassten Politiker und bekennen sich also dazu, worin ihre Zuständigkeit besteht: Der internationale Erfolg privatwirtschaftlicher Gewinnkalkulationen von großen Multis bis hin zum süßen „Mittelstand“ ist der Zweck ihres politischen Handelns. *Daran* messen sie Erfolg und Misserfolg ihrer Politik. *Dafür* und so setzen sie – nicht nur bei den Verhandlungen zu TTIP – ihr demokratisches Mandat ein, und so soll man sie verstehen und bewerten.

Wenn die „politische Klasse“ grenzenloses Wachstum kapitalistischen Geschäfts über die Staatsgrenzen hinweg zu *ihrem Zweck* macht – verdient sie dann überhaupt den Vorwurf, sie lasse sich durch private Lobbyisten von guten Werken abbringen, die sie – eigentlich und irgendwie – doch im Programm hätte? Wenn die herrschende Politik, und eine andere gibt es nun einmal nicht, das Bekenntnis zur Marktwirtschaft zu ihrem Credo macht und daraus bruchlos ableitet, dass es dafür dann auch den letzten Schrei TTIP als großartige und unverzichtbare Errungenschaft braucht – ist das mit dem Vorwurf „Partikularinteresse“ in Richtung des Profits der Unternehmen überhaupt getroffen? Was wäre eigentlich (und TTIP sowie manches mehr spricht ja dafür, dass es so ist), wenn das „Profitstreben der Wenigen“ tatsächlich mehr ist als bloß „partikular“ – nämlich das, wovon „das Wohl der Vielen“ abhängt, weil die Politik dafür gesorgt hat, dass es ein anderes gesellschaftliches Leben als von und für Profit nicht gibt?

2. Die Politik sagt, dass TTIP Arbeitsplätze retten und neue schaffen kann. Endlich mal eine ehrliche Auskunft darüber, woran der Lebensunterhalt normaler Arbeitnehmer hängt, den jeder als so bescheiden kennt, dass er gemeinhin schon als gelungen gilt, wenn er halbwegs „sicher“ ist: Gearbeitet, also Geld zum Leben verdient wird nur unter der Maßgabe, dass mit dieser Arbeit nicht irgendwelche positiven Betriebsbilanzen erzeugt werden (das ist sowieso oberste marktwirtschaftliche „Vernunft“), sondern international auf immer neuer Stufenleiter und in immer wachsendem Umfang erfolgreich konkurriert und Gewinn angehäuft wird. Etwas anderes gilt offenbar schon gar nicht mehr als nützliche Arbeit. Und entsprechend hemmungslos gehen die Arbeitgeber ja auch vor, was das Auf- und Zusperrn von Firmenfilialen weltweit anbelangt, das Vergleichen, also Drücken von Löhnen und Gehältern dies- und jenseits aller nationalen Grenzen, das beständige Umgestalten der Arbeitsplätze zu immer rentableren Treitmühlen.

Soll man diesem Spruch „TTIP schafft Arbeitsplätze“ wirklich hinterherrechnen, ob es die Arbeitsplätze auch tatsächlich bringt? Soll man überhaupt Politikern mit dem Vorwurf der „leeren Versprechen“ kommen? Wo die doch in Wirklichkeit nichts versprechen, sondern frech auf die brutale Profit-Abhängigkeit derer verweisen, die, um das mal deutlich auszusprechen, die für den lieblichen marktwirtschaftlichen Laden notwendige Arbeit nicht *nehmen*, sondern ihren Lebttag lang *erledigen*?

3. Mit TTIP will die Politik „unnötige“ und „nur Kosten verursachende bürokratische“ Regeln abschaffen. Wenn er das Gewinne-Machen behindert, dann wird der gesamte rechtsstaatliche Gesetzes- und Regelapparat von denen, die ihn geschaffen haben, als Ballast beschimpft, den man abwerfen muss. Eine entwaffnend ehrliche Ansage über den Zweck all der vielen Gesetze, Vorschriften, Einschränkungen, ohne die in einer Marktwirtschaft offenbar nichts funktioniert, die aber zugleich eines nicht behindern, sondern fördern sollen: das gedeihliche, auf Dauer gestellte Anhäufen von Profit trotz und wegen aller Kollisionen und Schäden, die offenbar immer dazugehören.

Soll man entgegen dieser amtlichen Klarstellung über den wirklichen Zweck in den Regularien, nur weil sie mit TTIP womöglich *wegfallen*, dann doch bloß lauter gutgemeinte Schutzrechte für die kleinen Leute – abhängig Beschäftigte, Verbraucher, Patienten ... – entdecken? Obwohl alle wissen, dass die jetzt für verteidigungswert erklärten Schutzregeln weder Armut verhindert haben, noch Verschleiß am Arbeitsplatz, weder Verpestung der Umwelt noch Vergiftung von Lebensmitteln?

4. TTIP preisen die Politiker, die das Abkommen wollen, schließlich damit an, dass es die – vielleicht letzte – große Chance ist, die euro-amerikanische Sonderstellung in der Welt zu sichern, in der sich keine Nation auf einmal errungenen Lorbeeren ausruhen dürfe, wenn sie sich nicht demnächst unter den Verlierern wiederfinden wolle. Dankenswert deutlich wird damit die ganze schöne globalisierte Weltwirtschaft als das vorgestellt, was sie ist: kein weltweites „Jede Nation trägt bei, was sie am besten kann“, sondern eine gnadenlose Konkurrenzveranstaltung zwischen den Nationen, in die die demokratisch oder sonstwie Ermächtigten aller Länder ihre Völker hetzen?

Soll man „seinen“ Politikern *dabei* viel Glück wünschen? Soll man hoffen, dass sie sich durchsetzen? Dass sie ihre Souveränität – gegenüber „den Multis“ und gegenüber den anmaßenden USA – behaupten? Soll man *deren* Konkurrenzfolge und -niederlagen nehmen als die *eigenen*? Weil man hofft, mit deren Erfolg – eigentlich und irgendwie und letztlich – auch selber besser zu fahren? Wo die doch offen ausplaudern, was sie für ihre Völker nicht erst *wegen* drohender nationaler Konkurrenz*niederlagen* vorgesehen haben, sondern umgekehrt: *für* den Konkurrenz*erfolg*, für den sie jedenfalls alles das zu tun androhen, was sie für nötig halten?

**Montag, 27. Oktober 2014, 19:15 Uhr,
Sprecherrat, Turnstr. 7, Erlangen**

→ der so ausdauernd dafür predigt, „den Einsatz militärischer Mittel nicht von vornherein zu verwerfen“, sondern für sie als letztes Mittel plädiert – wenn auch nur „letztlich“ –, hat den Überblick über reale Größen- und Kräfteverhältnisse ersichtlich verloren: Irgendwo ist ein Völkermord, und schon müssen wir Deutsche den unterbinden, weil einfach nichts auf der Welt passiert, bei dem wir nicht verantwortlich, in letzter Instanz also nicht auch mit unseren Waffen gefragt wären!

Als persönliche Haltung ist die permanente Verpflichtung zur latenten Gewaltbereitschaft über irgendwelche politischen Zwecke und Berechnungen genauso erhaben wie über so kleine Fragen wie der nach den Mitteln und über manch andere Unterscheidungen schon gleich:

„Wir sind keine Insel, und wir haben eine Welt, und in dieser einen Welt ist die Haltung der Verantwortung, die für mich im Zentrum des ganzen politischen Lebens, auch des privaten Lebens steht, so wichtig.“

Und genau so meint es der verantwortungsbewusste Wichtigtuer mit seinem „Wir“ auch: Wer zwischen der Nation und ihren Insassen, seinem Amt und sich als Privatperson keinen großen Unterschied macht, wer sämtliche Subjekte der Welt nur an der einen Frage misst, ob sie als moralische Individuen Zivilcourage zeigen, für den ist eben auch die ganze Welt ein und dasselbe, nämlich ein einziger Auftrag zur Verwirklichung des moralischen Imperativs, dem Bösen immer und überall entschieden entgegenzutreten. Also Reingrätschen, und zwar aus Prinzip:

„Ich finde das toll, dass unsere Regierung früh und intensiv reingegangen ist, in den Ukraine-Russland-Konflikt, der gar nicht vor unserer Haustür ist. Das ist das, was ich mir wünsche.“

Das ist halt das Schöne an der „einen Welt“ und dem in ihr „existierenden Krieg“: Die tollen Gelegenheiten, sich der Verantwortung zu stellen, reißen einfach nicht ab. ●

Wissens- schafts- kritik

Vortragsreihe
WS 2014/15
WiSo Nürnberg

VWL

Der Unterschied zwischen Kritik und Selbstkritik volkswirtschaftlicher Modellbildung

Dr. Alexander Melcok, München

Angesichts der Krise auf den Finanzmärkten rufen Wirtschaftswissenschaftler die Krise ihrer Wissenschaft aus. Das Desaster dieser Märkte „nicht vorhergesehen“ zu haben, machen sie ihrer Disziplin zum Vorwurf, zweifeln an „alten Weisheiten“, die sich „empirisch als falsch erwiesen“ hätten, und an „mathematischen Modellen“, die der „Realität“ nicht gerecht würden. Wie bei jeder Kritik stellt sich auch hier die Frage, was sie taugt – und was den Kritikern eigentlich als „Erneuerung der Lehre“ in der VWL vor Augen steht, wenn sich die allein schon durch „mehr Pluralismus“ einfinden soll.

Donnerstag, 20. November 2014, 20:15 Uhr

BWL

Weder Handwerkszeug, noch Erklärung

Dr. Peter Decker, Nürnberg

Donnerstag, 15. Januar 2015, 20:15 Uhr

www.wissenschaftskritik.de